

## Doppelte Asymmetrie und Probleme des Machtwechsels

Joachim Raschke/Ralf Tils

Asymmetrien prägen die Muster aktueller Entwicklungen im deutschen Parteiensystem und den Vorlauf zur Bundestagswahl 2013. Die asymmetrischen Verhältnisse beziehen sich zum einen auf die strategische Verfasstheit der Parteien, zum anderen auf die Lager- und Wettbewerbsstrukturen im Parteiensystem. Auf den ersten Blick am günstigsten erscheint die Lage für die Kanzlerin. Zurzeit verfügt sie über eine Position strategischer Mehrheitsfähigkeit, bei der keine Regierung gegen die Union gebildet werden kann. Ob das so bleibt, hängt wesentlich von ihren Gegnern ab – allen voran der SPD. Noch gibt es bei den Sozialdemokraten und den meisten anderen Parteien vielfältige Suchbewegungen bei der Entwicklung von Strategien, die eine Antwort auf die gegenwärtige Konkurrenzkonstellation darstellen könnten. Während einige Parteien dabei noch die Möglichkeiten eines Wahlsiegs und Machtwechsels im Blick haben, konzentrieren sich andere auf ihr eigenes Überleben. Etwas über ein Jahr vor der Bundestagswahl gibt dieser Beitrag einen Überblick über die Strategiefähigkeit und strategische Lage der Parteien sowie ihre strategischen Optionen.

### 1 | Asymmetrie der Strategiefähigkeit

Am Start hat die CDU Vorteile. Einer beträchtlichen Strategiefähigkeit der CDU steht die halbierte Strategiefähigkeit aller Parteien links der Mitte gegenüber.

Die CDU hat für sich Führung und Richtung geklärt. Das Ergebnis ist nicht berauschend im Sinne eines großen Parteiprojekts, aber es ist klar. Angela Merkel ist die unangefochtene Nr. 1. Sie hat die Partei auf den Kurs

einer diffusen Mitte festgelegt, frei nach ihrem Motto, sie könne sozial, liberal oder konservativ – je nach Situation. So ist sie innerparteilich ungehindert, eine längerfristige Strategie zu verfolgen, mit der sie schon 2009 erfolgreich war. Der monströse Name dieser Strategie heißt „asymmetrische Demobilisierung“. Man sucht im Kanzleramt nach einem anderen Wort, aber nicht nach einer anderen Strategie. Merkels Alleinführung hat den Vorteil konsequenter Umsetzung dieser Strategie und den Nachteil begrenzter Interessenberücksichtigung. Klassische Werte und Interessen der CDU als großer Volkspartei der Mitte stehen nicht im Zentrum dieses strategischen Konzepts, das nur noch ein Drittel der Wählerschaft für die Union votieren lässt.

Die SPD hat schon wichtige Aussagen zu ihrer Strategie gemacht, zum Beispiel auf ihrem letzten Parteitag im Dezember 2011, aber man weiß nicht, wie verbindlich sie sind. Das hängt vor allem mit der offenen Führungsfrage und der Fragmentierung des Parteiparats zusammen. Die SPD blockiert ihre Potentiale, weil die Entscheidung in der Führungsfrage völlig offen ist. Wegen ungeklärter Führungsfrage fehlt dann das geschärfte Richtungsprofil. Führungs- und Richtungsfrage sind entkoppelt. Jeder, den man gerade fragt, macht unterschiedliche Aussagen zur Strategie. Die SPD erinnert an das Diktum: Selbst eine falsche Strategie ist besser als keine. Oder, noch schärfer: Keine Strategie ist immer noch besser als drei.

Die vier Kleinparteien – wenn man die Grünen aufgrund ihres letzten Bundestagswahlergebnisses von 10 Prozent noch dazu rechnet – haben einfachere Strategieprobleme zu lösen.

Man kann auch sagen: Sie vermeiden komplexere, anspruchsvollere Strategien. Weil sie weniger ambitioniert sind, zeitigen die Führungs- und Richtungsunklarheiten geringere Folgen.

Die Grünen sind sich immer noch nicht einig über ihre Spitzenkandidaturen für 2013. Eigentlich sind Spitzenkandidaturen für Kleinparteien ja Luxus – außer als Vorentscheidungen über spätere Ministerämter. Lange haben die Grünen nicht mehr öffentlich Richtungskämpfe ausgetragen – aber die Kerngruppen bleiben, nichts ist vergessen, wohin „Mitte-Links“ wirklich tendiert, bleibt offen; ebenso wie die Mischung von Partei und Fraktion, Realos und Linken, Frauen und Männern, Alten und Jungen – und die mitlaufenden Präferenzen, die ein weites Spektrum von Rot-Grün, Schwarz-Grün, Ampel und Linksbündnis eröffnen. Der grüne Rettungsschirm heißt „Strategie der Eigenständigkeit“, die aber mehr der Parteinheit als der Information der Wähler dient.

Linkspartei und FDP erreichen ein sehr niedriges Niveau von Strategiefähigkeit, was aber nicht viel ausmacht, weil sie nur noch eine Überlebensstrategie verfolgen können. Uneinige Führung, Unfähigkeit, die Richtung ihrer Partei verbindlich zu definieren – beide haben nicht die Kraft, das zu überwinden. Für die Überlebensstrategie ist jedes Mittel recht, jeder Inhalt, der mal gezogen hat, und jede Person, an die sich Wähler erinnern können.

Die Piraten lehnen Führung ab und können (noch) nicht sagen, für welche Richtung sie stehen. Sie sind nach unseren Begriffen nicht strategiefähig – wollen das aber auch gar nicht sein. In vielerlei Hinsicht sind die Piraten noch „Selbstfindungspartei“ und eher eine „Wahlbewegung“, die ein Forum der Artikulation sucht, aber keine Strategie braucht. Sie sind das, was sie sind – ein Symbol und eine Projektionsfläche. Natürlich möglichst echt und ohne wirkliche Klärung der Frage, wozu das gut sein soll.

Gerade die Großparteien müssen aus strategischer Perspektive nach wie vor in der Trias von Führung, Richtung, Strategiekompetenz

gedacht werden – in der Regel auch in dieser Abfolge. Die CDU hat ihre Festlegungen getroffen und braucht für das Wahljahr nicht noch einmal neu nachzudenken. Am schwersten hat es die SPD. Nicht nur muss sie sich zwischen verschiedenen Optionen entscheiden. Zwei der drei aus ihrer Führungs-Troika sind mit der Strategie und desaströsen Wahlniederlage von 2009 eng verbunden. Wie soll man da zu neuen Ufern aufbrechen?

## 2 | Asymmetrie des Wettbewerbs

Wir erleben Zerfall und Niedergang des bürgerlichen Lagers, ohne dass dem linken Lager daraus eine Gewinnperspektive erwüchse. Für die Kritiker der Lagerstruktur mag dies eine erfreuliche Nachricht sein. Der Preis allerdings heißt auf lange Sicht: Große Koalition. Lagerüberschreitende Bündnisse allein in der Form einer Großen Koalition wären ein dürftiges Ergebnis des Dauerwettbewerbs politischer Parteien.

### 2.1 | Zerfall und Niedergang des bürgerlichen Lagers

In jeder Landtagswahl seit der Bundestagswahl 2009 hat das bürgerliche Lager durchschnittlich mehr als 8 Prozent verloren. Das ist ein singulärer Vorgang in der Nachkriegsgeschichte deutscher Parteien. Die Ursachen sind oft beschrieben worden, uns interessieren die Folgen. Eine Mehrheit des bürgerlichen Lagers mag einmal in neuer Form wiedererstehen, auf absehbare Zeit ist sie kein wirkliches Ziel von CDU/CSU und FDP. Konsequenz ist, dass sie noch mehr als zuvor untereinander konkurrieren und dass sie sich unabhängig voneinander neue Koalitionspartner suchen. Das werden notwendigerweise lagerübergreifende Bündnisse sein.

Mehr denn je ist die CDU auf den selbstgewählten Kurs der politischen Mitte angewiesen. Demobilisierung des Gegners ist ihr wichtiger als ausgedehnte Mobilisierung des eigenen Lagers. Eines Tages wird ihr daraus eine

Rechtskonkurrenz erwachsen. Um ihre Macht zu sichern, setzt sie auf die Prämie der Kanzlerschaft (Merkel-Bonus). Zwar begrenzt sie ihr thematischer Abgrenzungs- und Mobilisierungsverzicht bei den Wählern auf die 35-Prozent-Marge. Der Vorsprung vor der SPD sichert ihr aber angesichts der Zersplitterung des linken Lagers Macht und Führungsposition. Die FDP verschwindet, marginalisiert sich als marktliberale Partei oder erschließt sich als sozialliberal geöffnete Partei neue (Bündnis-) Möglichkeiten.

## 2.2 | Ende eines linken Lagers, bevor es begonnen hat

Der Einigungsdruck, den ein erfolgreiches bürgerliches Lager auf die Herausbildung eines linken Lagers mittelfristig hätte ausüben

können, entfällt selbst als reale Möglichkeit. Im Gegenteil: Es kommt zu weiterer Ausdifferenzierung.

Vor dem Aufstieg der Piraten hätte man denken können, es käme für ein linkes Lager und ein Linksbündnis nur darauf an, dass sich die Realos in der Linkspartei durchsetzen. Jetzt brauchte man eine längere zeitliche Perspektive (über 2013 hinaus), weil sich eine Realo-Strömung bei den Piraten erst bilden müsste, bevor sie sich intern durchsetzen könnte. Und weil die Realos in der Linken erst erfolgreich sein werden, wenn sich in ihrer Partei die Asymmetrie zugunsten des Ostens durchgesetzt hat (also frühestens ab 2013).

Es übersteigt die realistisch geschulte Phantasie, sich ein linkes Lager konstruktiver Zusammenarbeit zwischen den vier Parteien SPD, Grüne, Linke und Piraten vorzustellen.



Schrumpfen bzw. Ausscheiden von ein bis zwei Parteien ist wohl notwendig, um aus dem linken Spektrum ein linkes Lager zu machen.

### 2.3 | Status quo, Systemkritik und lagerübergreifende Mitte

Die Lagerstruktur wird abgelöst durch einen Dualismus von Status quo und Systemkritik sowie durch den verschärften Kampf um eine lagerübergreifende Mitte. Das Symbol von Status quo heißt Große Koalition. Systemkritik und Entfremdung – dafür stehen die nicht koalitionsfähigen bzw. nicht koalitionsbereiten Parteien Linke und Piraten, die mit Anteilen von zusammen 10 bis 15 Prozent Koalitionen politischen Wandels blockieren.

Die Mitte ist geschwächt, dennoch verspricht sie wähler- und koalitionspolitisch die größten Anreize; für die Großparteien sowieso, aber auch für die Grünen mit ihrem gesamtintegrativen Ansatz. Der Preis: Mittelfristig droht bei verstärkter Unkenntlichkeit der Kernkompetenz weiterer Bindungsverlust von Wählern.

Rot-Grün bleibt der Kristallisationspunkt eines progressiven Lagers, aber er hat es schwer gegen die Mitte-Strategie Merkels, gegen Zersplitterung und Konkurrenz im linken Spektrum, schließlich auch gegen innere Widerstände bei Rot und Grün.

### 3 | Unpassende und passende Strategien

Welche Strategien passen? Passen sie, müsste man genauer fragen, zum erreichbaren Grad an Strategiefähigkeit und zu den Umweltbedingungen (Wählermarkt, Wettbewerb, Themenagenda)? Wir können diese Frage hier nur noch kursorisch anschneiden, zugespielt auf die Grundstrategien der beiden großen Parteien. Bei der bereits feststehenden Merkelschen Strategie asymmetrischer Demobilisierung werden wir uns auf die kritischen Nebenfolgen konzentrieren, die aber so dramatisch sein könnten, dass Angela Merkel die Kanzlerschaft verliert. Dann wäre die als brillant gefeierte Strategie doch nur schlaue gewesen, ohne Vorsorge

für ihre Risikoseite. Die SPD muss ihre Strategie erst noch definieren und dabei vor allem eine Antwort auf das strategische Konzept der Union finden.

Den Chancen der Merkel-Strategie, die SPD klein zu halten und die eigene strategische Mehrheitsfähigkeit zu sichern, stehen erhebliche Risiken gegenüber. Sie beginnen damit, dass der durchschlagende Erfolg der Strategie eigentlich eine funktionierende Lagerstruktur voraussetzt, bei der die FDP das neoliberale Potential des konservativ-bürgerlichen Lagers ausschöpft (was seit ihrem Niedergang 2009 nicht mehr der Fall ist). Andernfalls bleibt Merkel nur der Fluchtpunkt Große Koalition. Die Konsequenz: Verliert das bürgerliche Lager eine eigene Machtperspektive, wird auch der Umgang mit dem Partner FDP schwierig. Denn im schlimmsten Fall könnten die Freien Demokraten mit einem Lagerwechsel (Ampel-Koalition) zur größten Gefahr der Kanzlerin werden. Will sie das aktiv verhindern, muss Merkel die FDP unter 5 Prozent halten. Letztlich ist schwer kalkulierbar, ob es darum gehen soll, durch kooperatives Verhalten gegenüber dem Koalitionspartner mit ihm gemeinsam das Lager auszuschöpfen oder die für eine bürgerliche Mehrheitsbildung abgeschriebene FDP zu bekämpfen. Das größte Risiko der Merkel-Strategie liegt aber im Bereich der Glaubwürdigkeit. Die der Kanzlerin durch ihre „Partner“ CSU und FDP aufgenötigten Kurswechsel (etwa beim Betreuungsgeld oder der Förderung privater Pflegevorsorge), die nicht zur Mitte-Verschiebung ihres strategischen Konzepts passen, verstärken den Eindruck der Prinzipienlosigkeit und des Opportunismus der Kanzlerin – und können damit ein echtes Glaubwürdigkeitsproblem heraufbeschwören.

Die SPD hat andere Sorgen. Sie kämpft, im Vergleich zur CDU, mit einem strukturellen Mobilisierungsproblem. Die Selbstverständlichkeit einer Beteiligung an der Wahl ist in ihrer Anhängerschaft wesentlich weniger ausgeprägt als im bürgerlichen Lager. Es braucht besondere Anreize für die Wahlbeteiligung. Der wichtigste: Es muss um etwas gehen.

„Es geht um etwas“ übersetzt sich in einen Machtwechsel- und Richtungswahlkampf. Die Ansage eines Politikwechsels arbeitet Themen heraus, die jedenfalls in ihrem Kerngehalt von der Merkel-CDU nicht entwendet werden können; wirkliche Bankenkontrolle, wirklicher Mindestlohn, Steuererhöhungen bei den Bestverdienenden als drei Beispiele eines Kampfes für mehr soziale Gerechtigkeit. Unzureichende Mobilisierungswirkung entsteht bei einer Kampagne, die auf bloße Machtbeteiligung und kleinere Richtungskorrekturen begrenzt bleibt. Sie zwingt Wähler nicht zur Beteiligung *und* zur Entscheidung für die SPD (und gegen Piratenpartei-Spielereien).

Daraus ergäbe sich für die SPD eine Strategie der „balancierten Eigenmobilisierung“. Im Mittelpunkt steht die Mobilisierung der SPD-nahen Wählergruppen, mit Themen, Interessen, Werten, die auf diese Wähler zugeschnitten sind. Dies ist die erste Priorität. Die Eigenmobilisierung bedarf der Ausbalancierung, weil eine Überbetonung von Eigenmobilisierung zu Etikettierungen bzw. Angriffen wie „Traditionalismus“, „Linksruck“ (oder ästhetisch: „Gestrigkeit“) führt. Die Ausbalancierung soll den Gegner daran hindern, von einer forcierten Gegenmobilisierung der eigenen Wählerschaft zu profitieren (etwa, weil machtpolitische, materielle und ideologische Besitzstände bedroht sind). Der Ausbalancierung dienen vor allem zwei Mittel: erstens eine sozialdemokratische Wählermobilisierung auf gegnerischem Feld, die Interessen und Werthaltungen unzufriedener bürgerlicher Wähler entgegenkommt; zweitens eine Begrenzung der Angriffskomponente, die weniger mit Konfrontation als mit intelligenter Subversion arbeitet.

Eine Strategie von Macht- und Politikwechsel passt zu anspruchsvollen Zielen und zur Lage der SPD. Sie ist eine Antwort auf drei Herausforderungen: die Merkel-Strategie, auf gesellschaftliche Unzufriedenheit und das strukturelle sozialdemokratische Mobilisierungsdefizit. Diese Strategie kann gegen Merkel erfolgreich sein, weil sie auf eigenes, sozialdemokratisches Terrain fokussiert bleibt (das

„Heimspiel“ sozialer Modernisierung *und* Traditionssicherung) und von Merkels Schwäche bei der Mobilisierung christdemokratischer Wähler profitiert. Anders als Merkel, die vor allem den Gegner schwächen will, ohne sich um die eigene Basis zu kümmern, könnte die SPD sich durch eine balancierte Eigenmobilisierung selbst stark machen.

Eine solche Strategie ist innerparteilich auch durchsetzbar, weil die Partei die Große Koalition vermeiden und die „Schmach von 2009“ nicht wiederholen will. Außerdem muss man für die Große Koalition keinen Finger rühren – dort landet man automatisch, wenn alles andere schiefliegt. Eine so angelegte inhaltliche Strategie der SPD kann am ehesten durch radikale Personalisierung durchkreuzt werden, wenn die Wahl über das Monothema Merkel entschieden werden soll. Das ist angesichts gegenwärtig hoher Popularitätswerte Merkels eine Chance der Union, gleichzeitig aber als Ein-Punkt-Strategie ein großes Risiko.

#### 4 | Schluss

Auch wenn die Gewichte und Chancen im deutschen Parteiensystem aktuell ungleich verteilt sind, noch ist die Bundestagswahl 2013 nicht entschieden. Der Ausgang wird wesentlich von den strategischen Entscheidungen der Akteure abhängen. Man kann sich eine Strategie ausdenken, sie kann auch die „richtige“ sein – wenn sich jedoch kein Akteur findet, der sie umsetzen will, bleibt alle Mühe umsonst. Die Strategie muss zum Akteur kommen, es muss seine Strategie werden, dann ist die Genese völlig egal. Die Erwartung, dass man ohne Strategie siegen kann, wird auch diesmal enttäuscht werden.

*Joachim Raschke* ist emeritierter Professor für Politische Wissenschaft und Gesellschafter der APOS – Agentur für Politische Strategie.

*Ralf Tils* ist Professor für Politische Wissenschaft am Zentrum für Demokratieforschung der Leuphana-Universität Lüneburg und Gesellschafter der APOS – Agentur für Politische Strategie.